

„Gegen Spardiktate und Nationalismus“

6. Griechenlandsolireise vom 24.9. bis 3.10. 2017

Reisebericht Teil 1

Sonntagabend, 24.9.

Treffen auf dem Hoteldach: Erste Eindrücke

Am Sonntag trafen nach und nach alle ein, so dass wir uns abends um 20 Uhr auf dem Hoteldach versammeln konnten. Auch unsere griechischen Freunde kamen, so dass wir schließlich mit 25 Leuten im Kreis saßen.

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde und einigem Organisatorischen fragten wir unsere griechischen Freunde, was sich seit unserem letzten Besuch verändert habe und ob es stimme, was die bürgerlichen Zeitungen schreiben, dass nämlich Griechenland die Wende geschafft habe.

E. meinte, einiges an den neuen Zahlen stimme, z.B. der Besucherrekord im Tourismus. Aber insgesamt sei für die Bevölkerung nichts besser geworden, wie A. betonte. Die Arbeitslosigkeit sei nach wie vor über 20%, die Löhne seien weiter gesunken, während Steuern und Abgaben gestiegen seien. Insbesondere breite sich eine allgemeine Flexibilisierung der Arbeit aus, Minijobs, kurzfristige Verträge usw. nehmen immer mehr zu.

N. meinte, es sei jetzt nicht mehr so wie noch 2012 und 2013, wo der Ausbruch der Krise und die neoliberalen Programme die Bevölkerung völlig unvorbereitet getroffen und einen Schock ausgelöst hätten. Heute sei es so, dass man sich sozusagen im Schock eingerichtet habe und ums Überleben kämpfe mit keinerlei Aussicht auf eine Besserung.

Ein Punkt wurde dann näher ausgeführt. Es geht um die zunehmenden Zwangsversteigerungen von Häusern und Wohnungen. Man muss wissen, dass in Griechenland Wohnungseigentum eine große Rolle spielt, ca. 80% der Bevölkerung leben in eigenem Wohneigentum. Bisher war der Erstwohnsitz gesetzlich geschützt. D.h. Zweit-, Dritt- und Viertwohnungen konnten zwangsversteigert werden bei Überschuldung, aber nicht die Erstwohnung. Viele Menschen können aber nicht mehr die Raten für die Hypotheken bedienen. Deshalb verlangen die EU-Gläubiger nun die Zwangsversteigerungen. Der Schutz für den Erstwohnsitz muss deshalb angegriffen und zunehmend eingeschränkt werden. Mehrere Notarsvereinigungen haben erklärt, dass sie dabei nicht mitmachen werden. Deshalb wird jetzt versucht, eine Art elektronische Zwangsversteigerung durchzuführen, um die Notare zu umgehen. Dies ist aktuell ein offener Kampf. Am Mittwoch wollen wir uns mit einer Initiative gegen Zwangsversteigerungen treffen.

V. und N. berichteten vom Öffentlichen Dienst. Erklärtes Ziel der EU ist es den Staat zu „verschlanken“. Das hat nun die Regierung unterschrieben. Das Ziel ist von 450 000 Beschäftigten (ohne die Beschäftigten im Bildungssektor, also z.B. LehrerInnen) auf 150 000 zu kommen, d.h. auf ein Drittel. (In Deutschland mit der achtfachen Bevölkerung sind 4,69 Mio im Öffentlichen Dienst beschäftigt. Dazu muss man wissen, dass zum Öffentlichen Sektor hier auch die Beschäftigten von Wasserwerken, Bahn und Elektrizitätswerken z.B. zählen sowie das Militär. Die eigentlichen Staatsbediensteten sind weniger als im EU-Durchschnitt.) Ein Mittel, das diesen Abbau jetzt ermöglichen soll, sind

„Leistungsbeurteilungen“. Bei zwei negativen Beurteilungen kann man zukünftig entlassen werden. Es geht also nicht um eine Verbesserung des Öffentlichen Dienstes, sondern um seine Schrumpfung. Wenn man sich weigert, daran teilzunehmen, soll das zukünftig strafrechtlich verfolgt werden!

A. betonte auch noch, dass dadurch, dass die sogenannte „radikallinke“ Regierungspartei Syriza diese ganzen neoliberalen Maßnahmen durchziehe, es eine völlige Lähmung und Demoralisierung der Volksbewegung gegeben habe. Die allgemeine und fatale Wahrnehmung sei, dass auch die Linke nichts anderes sei als eine neoliberale Partei. Das mache hoffnungslos. Es gebe jetzt sogar einige, die Syrizas Politik richtig fänden, weil es ja offensichtlich keine Alternative gebe.

Wir werden in der kommenden Woche versuchen herauszufinden, ob diese Hoffnungslosigkeit allgemein dominiert oder ob doch das eine oder andere Widerstandspflänzchen lebt und wächst.

(Manfred)

Montagmittag 25.9.

Das beste Hotel Europas – City Plaza

Im letzten Jahr waren wir schon einmal im City Plaza, dem "besten Hotel in Europa". Dieses Mal gehen wir mit Achim Rollhäuser herum und schauen uns die Gemeinschaftsräume an, den Speisesaal, die Küche, das Cafe. Neu ist ein kleiner Raum für die Kinder, liebevoll eingerichtet. Letztes Jahr tobten überall Kinder herum, so dass ich fast Angst haben musste umgerannt zu werden. Eine Betreuerin sagte uns, dass es sehr schwierig war, die Kinder irgendwie zu organisieren. Jetzt ist es ganz ruhig, denn die Kinder gehen zur Schule oder sind in ihren Zimmern.

Wir sitzen draußen und Achim berichtet uns über City Plaza.

Seit 2016 die Grenze zu Makedonien dicht gemacht wurde und das EU-Türkei Abkommen beschlossen war, können alle Flüchtlinge, die aus der Türkei kommen, zurückgeschickt werden und die Asylanträge können abschlägig beschieden werden. Im September 2015 gründete sich eine Solidaritätsinitiative für ökonomische und politische Flüchtlinge. Die Initiative bestand aus vier Gruppen, drei linken Gruppen und einer anarchosyndikalistischen Gruppe (in Griechenland gelten die Anarchisten nicht als links!). Beteiligt sind außer den Anarchisten das Netzwerk für politische und soziale Rechte, die Gruppe "linke Erneuerung" und die frühere Syriza-Jugend. Ihr Motto war: " Wir dürfen nicht nur reden, wir müssen auch praktische Solidarität leisten."

Die Flüchtlinge auf dem Viktoriaplatz in Athen und einem Lager an der Südspitze von Attika wurden unterstützt. Dann schaute sich die Initiative nach Räumen für die Flüchtlinge um. Das leer stehende Hotel "City Plaza" wurde gefunden und am 22.4.2016 besetzt. Der Pächter hatte das Hotel an die Wand gefahren, blieb den Angestellten die Löhne schuldig, zahlte die Pacht an die Eigentümerin nicht und machte sich aus dem Staub. Die Eigentümerin konnte danach das Hotel weder verpachten noch verkaufen, weil es einen Rechtsstreit mit den früheren Beschäftigten gab. Der Rechtsstreit konnte nicht gelöst werden, weil die Eigentümerin die Löhne nicht zahlen wollte.

Das Haus hat 120 Zimmer, es reicht für 400 Flüchtlinge, die Leute aus der Solidaritätsbewegung wohnen hier auch. Im Augenblick gibt es 330 Flüchtlinge und 30 Menschen aus der Solidarität aus verschiedenen europäischen Ländern. Es sollte ein politisches Projekt werden, ein Projekt der solidarischen Kollektivität: Wir leben zusammen, wir arbeiten zusammen, wir kämpfen zusammen.

Zwei Wochen nach der Besetzung war das Haus voll. Es wurden besonders Schutzbedürftige aufgenommen wie Familien mit kleinen Kindern, Familien mit schwangeren Frauen, alleinstehende Frauen mit Kindern und unbegleitete Jugendliche. Mit der Zeit orientierte sich die Zusammensetzung der Flüchtlinge sich mehr an dem Querschnitt der Flüchtlingspopulation.

Von den ersten Flüchtlingen sind noch etwa 30 Prozent da, circa 1500 Leute wanderten weiter, viele kamen über die Familienzusammenführung weiter, einige wenige Syrer über das Relocationprogramm des UNHCR. Die meisten hatten Fluchthelfer. Manche verließen das Haus und kehrten nach einiger Zeit zurück. So gab es zwei Jugendliche, die vier Monate erfolglos unterwegs gewesen waren.

Es gibt eine sehr lange Warteliste mit 1500 Familien. Alle freien Zimmer werden immer wieder besetzt. Wie die Leute auf die Zimmer verteilt werden, bestimmt die Initiative. Es hat sich bewährt, dass verschiedene Nationalitäten und Ethnien auf einem Stockwerk bunt durcheinander gemischt werden.

Am Anfang gab es fünf Nationalitäten, jetzt sind es 14. Bei der Belegung der Zimmer können die Flüchtlinge nicht mitentscheiden, weil es ihnen selbst schaden würde. In anderen besetzten Häusern (Squats) gab es deshalb Streit oder die Flüchtlinge wurden von Freunden und Familienangehörigen unter Druck gesetzt, die auch ins Hotel wollten.

Als City Plaza eröffnet wurde, waren die Flüchtlingslager in Griechenland in einem ganz katastrophalen Zustand. Inzwischen sind die Lager um Athen sehr viel besser durch den Einsatz von EU-Geldern. Überall gibt es Container mit einer gewissen Privatsphäre, nur wenige Zelte. Am Anfang waren in einem Zelt teilweise 100 Leute.

Das Essen wurde überprüft und verbessert. Es bildet sich eine Art Lagerstruktur heraus ähnlich wie in den palästinensischen Lagern im Libanon und in Jordanien. Da entstehen Nachbarschaften, man passt gegenseitig auf die Kinder auf, macht Besorgungen für die Nachbarn. Im Lager gibt es 80 Euro Taschengeld im Monat, im City Plaza gibt es das nicht. So ging der Andrang auf City Plaza zurück.

Insgesamt gibt es zehn Squats in Athen, in denen 1500 bis 2000 Leute leben. Zwei davon wurden im Frühjahr geräumt. Die Squats arbeiten zusammen.

2016 gab es einen Angriff auf das Squat in Exarchia, Erdgeschoss und erster Stock waren total ausgebrannt. zehn Familien wurden in City Plaza vorübergehend aufgenommen, es gab Geld von City Plaza für die Wiederherstellung der Räume.

Bei City Plaza gibt es drei Grundregeln:

Die erste Regel lautet: Jeder Erwachsene muss mindestens fünf Stunden in der Woche arbeiten, das heißt in der Küche, beim Saubermachen der Gemeinschaftsräume, Müll raustragen, Gemüse einkaufen zum Großmarkt gehen. Manche Flüchtlinge werden jedes Mal „krank“, wenn sie in der Küche eingesetzt werden. Dann gibt es Gespräche: "Ihr müsst euch an die Regeln halten oder gehen." Die meisten akzeptieren das.

Die zweite Regel lautet: Kein Alkohol, keine Drogen im Haus. Die Leute halten sich daran. Die dritte Regel heißt: Keine Gewalt. Das gilt vor allem für häusliche Gewalt. Es waren Eingriffe nötig, weil Männer ihre Frauen und Kinder geschlagen hatten.

Es gibt eine Verwarnung, bei wiederholter Gewalt fliegen die Männer raus, die Familien dürfen bleiben. Achim meint, die Regeln müssen durchgesetzt werden, sonst gibt es chaotische Verhältnisse.

Die Flüchtlinge sind durch die Vollversammlung an allen wichtigen Fragen beteiligt, am Anfang gab es sie wöchentlich, jetzt alle drei Wochen.

Die anarchistische Gruppe zog sich nach drei Monaten heraus. Für sie gab es zu wenig Druck auf die Flüchtlinge, an Veranstaltungen und Demos teilzunehmen. Die anderen Gruppen respektieren, dass in den arabischen Ländern das Prinzip der kollektiven Solidarität nicht so bekannt ist wie bei uns. Jede Familie lebt mehr für sich. Die City-Plaza-Aktiven sagen: "Wir versuchen, den Leuten ein Beispiel zu sein." Statt Druck gibt es Überzeugungsarbeit.

So bringen sich einige Flüchtlinge aktiv mit ein, die meisten aber nicht. Leider sind die, die sich einbringen, auch die fittesten und können leichter weggehen. Das ist jedes Mal ein Verlust. Die meisten Flüchtlinge sind an dem politischen Projekt nicht wirklich interessiert. Für sie ist City Plaza ein angenehmer Ort, an dem sie alles geboten kriegen: zwei warme Mahlzeiten, Gesundheitsversorgung, eine Apotheke und Ärzte von "Ärzte ohne Grenzen". Alle Flüchtlinge haben das Recht auf Erstversorgung im Krankenhaus. Es gibt feste Vereinbarungen mit zwei Krankenhäusern und den Schulen in der Umgebung. Die Kinder gehen nicht alle zur Schule, weil die Eltern sagen, wir wandern eh weiter.

Security-Schichten sind 24 Stunden lang nötig, denn 300 Meter weiter hat die Chrysi Avghi (Goldene Morgenröte) eine ihrer Hochburgen. Daran sind die Flüchtlinge nicht beteiligt.

Zur rechtlichen Situation:

Die Eigentümerin hatte von Anfang an Strafanzeige gegen die Initiative gestellt. Die Anzeige ging an den Minister für öffentliche Ordnung und den Polizeipräsidenten. Nichts passierte. Danach reichte sie Zivilklage ein mit dem Ergebnis, dass im Juni ein Polizeiminister erschien. Dieser sagte, bis zum Herbst sollten alle Squats in privaten Räumen geräumt werden. Die Räumung fand aber bis jetzt nicht statt. Achim meint, das liege daran, dass die Unterbringung von 2000 Flüchtlingen mit Ärger und Aufwand verbunden sei, zudem bezahle die EU nicht alles. Die Schließung von Squats wird seiner Meinung nach nach tagespolitischen Gesichtspunkten entschieden.

Inzwischen gibt es eine neue Situation:

Die NGOs sind von den Inseln vertrieben und die Lager sind dem griechischen Militär unterstellt worden. Letzte Woche entschied das höchste griechische Gericht, dass die Türkei ein sicheres Drittland sei. Somit können alle Flüchtlinge von den Inseln zurückgeschoben werden. Einigen gibt die griechische Regierung die Möglichkeit von den Inseln wegzukommen, manche sitzen vier Monate fest. Nach welchen Kriterien das geht, ist nicht klar.

City Plaza wird durch Spenden finanziert, nimmt keine Gelder vom Staat oder von NGOs an. Am Anfang gab es eine sehr große Spendenbereitschaft, die nach zwei bis 3 Monaten nachließ. Die meisten Gelder kommen aus Deutschland. Medico International stellte ein Konto zur Verfügung. Die monatlichen Kosten belaufen sich sechs- bis achttausend, im Winter zehntausend Euro. Das durch die Spenden eingenommene Geld ist bald verbraucht.

Es gibt einen Song von Manu Chau auf Youtube zu hören. jeder Click bringt etwas Geld ein.

Dadurch dass die Strukturen in den Lagern deutlich verbessert wurden, ist City Plaza als Unterbringung nicht mehr so wichtig, aber das politische Projekt ist nach wie vor bedeutsam. Leider sind viele nach eineinhalb Jahren ausgebrannt und würden gern abgelöst.

Offensichtlich hat die Eigentümerin es geschafft auch bei einigen Linken Stimmung gegen City Plaza zu machen, wie wir in Gesprächen hörten. Sie verbreitete, sie hätte eine Wasserrechnung von 80 Tausend Euro bekommen und sei total verarmt. Achim sagt, das stimme nicht, denn mit ihrer Strafanzeige sei sie raus aus der Haftung.

City Plaza bezahlt weder Wasser noch Strom, weil die Rechnungen auf der Grundlage eines privaten Hauses erstellt wurden und ein dementsprechendes Angebot eingefordert wurde, aber nicht kam. City Plaza hat ein dreiseitiges Papier verfasst, in dem die Lügen der Besitzerin widerlegt wurden, seitdem gibt es Ruhe.

Wir hörten auch von dem Verdacht, City Plaza werde von Syriza unterstützt. Laut Achim stimmt auch das nicht, denn Achims Gruppe ist nach dem Umfallen Syrizas in die totale Opposition zur Regierung gegangen.

Wir übergaben eine Spende von 500 Euro.

(Angela)

Montagnachmittag, 25. September 2017

Besuch im Hafen von Piräus, Treffen mit Anastasia Frantzeskaki (Gewerkschaft der Angestellten und Techniker*innen) und Giorgos Gogos (Gewerkschaft der Hafearbeiter)

Wie auch im letzten Jahr treffen wir uns mit Anastasia und Giorgos, um zu erfahren, wie sich die Situation im Hafen nach der Übernahme durch Cosco weiterentwickelt hat.

Anastasia berichtet, dass Cosco 51% der Anteile am Hafen hält und das für die 35 Jahre der Überlassung, in den nächsten Jahren soll Cosco noch weitere 16% erhalten. Das sei eine sehr unübliche Situation, da überhaupt nicht klar ist, was nach Ablauf der 35 jährigen Überlassungsdauer mit den Anteilen geschehen wird. In den Verträgen scheint hierzu nichts geregelt worden zu sein. Der Vertrag zwischen dem griechischen Staat und der Betreibergesellschaft endet 2060, läuft also länger als die erwähnten 35 Jahre. Unklar ist hierbei auch, ob der Vertrag nach griechischem oder britischem Recht geschlossen wurde; die Memoranden wurden alle nach dem angelsächsischen Recht geschlossen.

Die Gewerkschaften hatten gefordert, vertraglich festzuhalten, dass Cosco keine Anteile verkaufen darf, ebenso sollte festgeschrieben werden, wie und bis zu welcher Höhe die Anteile erhöht werden können.

Alle staatlichen Befugnisse sind per Vertrag an Cosco übertragen worden, selbst Notfälle gehören in den Zuständigkeitsbereich mit dazu, wobei es eine Regelung gibt, dass der griechische Staat für die Dauer von 15 Tagen das Recht hat, im Hafen tätig zu sein. Nach Ablauf dieses Zeitrahmens muss die griechische Regierung entweder Entgelte an Cosco entrichten oder sich vom Hafengelände entfernen. Unklar ist allerdings, wer tatsächlich der Anteilseigner ist. Cosco hat die Verträge gezeichnet, Betreiber im Hafen ist jedoch eine andere Gesellschaft. Hier stellt sich die Frage, wie diese Situation juristisch zu bewerten ist, welche rechtlichen Auswirkungen sie ggf. haben kann.

Cosco schreibt seit zwei Jahren rote Zahlen, China Shipping ist ebenfalls geschwächt. Eigner beider Konzerne ist der chinesische Staat.



Die griechischen Kriegsschiffe dürfen den Hafen kostenlos anlaufen; Schiffe der Nato sind zu Zahlungen verpflichtet und chinesische Kriegsschiffe haben jederzeit das Recht kostenfrei den Hafen anzulaufen.

Der Hafen hat nicht nur eine wirtschaftliche Funktion, sondern vor allem in Griechenland auch eine soziale. Alle Fährverbindungen auf die griechischen Inseln gehen vom Hafen Piräus ab.

Nach offizieller Darstellung der griechischen Regierung soll die Zusammenarbeit zwischen Griechenland und China zu Wachstum führen, eine Zukunftsperspektive aufzeigen. Neoliberales Geschwafel, was allerorts als Erklärung herhalten soll.

Mittelfristig sei geplant, wieder Instandhaltung von Schiffen und ggf. auch Schiffsneubau in den Hafen zu holen. Dabei sei erwähnt, dass es bis vor 15 Jahren gut funktionierende Werften im Hafen gegeben hat. Für viele Arbeiter*innen besteht nun trotzdem die große Hoffnung, direkte oder zumindest Anstellungen für Subunternehmen im Hafen zu finden.

Gebaut werden soll ein neues Trockendock für 28 Mio. Euro, das Kapital hierfür wird aus dem Vermögen des Hafens herausgezogen, es findet also keine zusätzliche Investition statt.

Cosco selbst hatte Interesse am Schiffbau bekundet. In Hafennähe gibt es zwei private Docks (eines gehört Thyssen Krupp), hier scheint es Überlegungen zu geben, dass Cosco bei Thyssen Krupp mit in das Geschäft einsteigen wird. Wie sich dabei auch die Fusion von Thyssen Krupp und Tata Steel auf das Geschäft auswirken wird, ist völlig unklar.

Erste Planungen sollen den Bau von 28 kleineren Fähren umfassen. Gerüchte besagen auch, dass der Hafen darüber hinaus für neue Produktionsstätten genutzt werden soll, beispielsweise wurde die Produktion von Hewlett Packard erwähnt. Es ist aber ein Gerücht, weil gleichzeitig über Produktionen im billigeren Osteuropäischen Raum gesprochen wird. Vieles ist unklar, es gibt Gerüchte, aber nichts Verlässliches.

Piräus ist als Brückenkopf für Europa zu betrachten. Der Hafen spielt daher im Rahmen der Planungen für eine neue chinesische Seidenstraße eine wichtige Rolle, um neue Zugänge innerhalb Europas zu ermöglichen. Das Projekt „Neue Seidenstraße“ umfasst verschiedene Wege, so soll bspw. eine Bahnlinie von Duisburg nach Nordchina führen. Erste Überlegungen zum Projekt gab es zwischen China und Griechenland bereits im Jahr 2006, während der Krise wurden sie ausgesetzt.

Nun scheint aber auf europäischer Ebene wieder viel Bewegung in die Überlegungen zu gelangen, Auslöser wird eine Reise von Bundeskanzlerin Merkel nach China in 2015 gewesen sein. Auf dieser Reise scheint besprochen worden zu sein, welche europäischen Häfen für eine chinesische Beteiligung geöffnet werden sollen. Neben Piräus sind auch die deutschen Häfen Hamburg, Bremerhaven und Wilhelmshaven im Gespräch. Dazu passt, dass Cosco und die chinesische Firma Alibaba im Sommer diesen Jahres einen Ideenwettbewerb für eine Fläche im Hamburger Hafen gewonnen haben, was in der Hamburger Hafenwirtschaft zu erheblicher Unruhe geführt hat. Es steht zu vermuten, dass auf sehr hoher politischer Ebene Beschlüsse getroffen wurden, die nicht kommuniziert sind.

Zurück zur Situation in Piräus.

Cosco hatte bislang nur Erfahrungen mit Containerverkehren, keinerlei Kenntnisse aus der Personenschiffahrt. Das zeigt sich jetzt regelmäßig vor Ort. Ein Wissenstransfer ist nicht in die Vertragsverhandlungen eingeflossen, so dass es erhebliche Probleme bei der Abwicklung der administrativen Tätigkeiten gibt. Cosco lässt sich sehr viel Zeit, um das Geschäft zu erlernen.

Die Gewerkschaften selbst haben keine klaren Vorstellungen darüber, wie sie sich den neuen Eignern gegenüber positionieren sollen. Unterschiedliche Vorstellungen herrschen zwischen der Gewerkschaft der Hafentarbeiter, die sich in den letzten 30 Jahren der PASOK zugehörig gefühlt haben, und der Gewerkschaft der Techniker*innen und Administration.

Den zur Administration Zugehörigen fehlt es an der Grundeinstellung, kollektive Regelungen zu treffen. Sie vertreten eher die Auffassung, persönliche Karrieren, Entwicklungen zu fördern und sie nicht an einer Klassenzugehörigkeit festzumachen.

Techniker*innen und Ingenieur*innen stehen in ihrer Auffassung irgendwo zwischen diesen Positionen und die Hafenarbeiter*innen vertreten das Prinzip der kollektiven Regelungen, haben aber das Problem, dass sie sich 30 Jahre lang an die Vereinbarungen mit der PASOK angelehnt haben und nun lernen müssen, sich davon unabhängig zu positionieren.

Die chinesischen Besitzer haben wenigen, ausgewählten Beschäftigten Aufgaben übertragen und ihnen gesagt, sie sollen diese so erledigen, wie sie es für richtig halten. Hauptsächlich sollen sie aber dafür sorgen, dass Kosten reduziert werden.

Alle übernommenen Beschäftigten haben auch ein Jahr später noch immer keinen neuen Tarifvertrag, der alte gilt erstmal noch weiter.

Bei den Verhandlungen sind nun auch Cosco-Vertreter anwesend, daher sind die Verhandlungen sehr zäh, da die chinesischen Vertreter kein griechisch sprechen. Es gibt daher kaum Ansprechpartner und nur sehr begrenzte Befugnisse. Ein Teil der Entscheidungen wird über die chinesische Botschaft nach China übermittelt, wo dann erste Entscheidungen getroffen werden.

Cosco kann jedoch jetzt jederzeit eigenes Personal einstellen bzw. über Leiharbeit beschäftigen, was vielfach auch getan wird. Die Leiharbeitskräfte haben prekäre Arbeitsbedingungen, d.h. sie erhalten keine Vollbeschäftigungsverhältnisse, sondern eher eine Beschäftigung und Bezahlung nach Bedarf. In der Regel werden Verträge mit einer Wochenarbeitszeit von 10 bis 15 Stunden geschlossen.

Schichtpläne existieren nicht, sondern es wird je nach Aufkommen gearbeitet. Das kann auch bedeuten, dass ohne Vorankündigung Mehrarbeit angeordnet wird. Es gibt weder Arbeitsplatz- noch Tätigkeitsbeschreibungen, es fehlt eine Definition der Arbeitnehmerrechte, weshalb Willkür wie bei Pausenregelungen, selbst zur Toilettennutzung üblich ist.

Die Leiharbeitsfirmen sind in der Regel kleine private Unternehmen, die nicht mehr als 50 oder 60 Personen beschäftigen und denen an Profit, nicht an verlässlichen Bedingungen gelegen ist.

Deutlich wird darauf hingewiesen, dass die Privatisierung nicht nach üblichen Regelungen, sondern zu Bedingungen durch die Memoranden erfolgt ist. Die Frage, ob es neben den Chinesen nicht auch europäische Interessenten gegeben hat, wird staatlicherseits nicht beantwortet.

Daher scheint auf höchster internationaler politischer Ebene eine zentralistische Bestimmung der Warenströme vorgenommen worden zu sein, die auf keinen Fall dazu führen soll, dass Gewerkschaften Einfluss auf die Arbeitnehmerrechte nehmen können.

Anastasia und Giorgos betonen, dass sie und ihre Kolleg*innen ihre Arbeit fortführen wollen; sie empfinden es als eine Verpflichtung den Beschäftigten und sich selbst gegenüber weiterhin für bessere Arbeitsbedingungen einzutreten.

Auf die Frage, ob es eine enge Zusammenarbeit der Gewerkschaften, auch der der Leiharbeitnehmer*innen, gibt, wird uns berichtet, dass eine gemeinsame Arbeit beim ersten Streik stattgefunden hat. Die Beziehungen seien aber nicht gut, was u.a. damit begründet wird, dass die PAME [Gewerkschaft der KP] die Mehrheit bei den Hafenarbeitern im Leihgewerbe hält. Darüber hinaus ist auch die Goldene Morgenröte stark bei den Leiharbeitnehmer*innen vertreten.

Es scheint eine Art von Zusammenarbeit zwischen der PAME und der Goldenen Morgenröte zu geben, die zum Inhalt gehabt zu haben scheint, dass PAME-Mitglieder Jobs in den Leiharbeitsfirmen erhalten haben.

(Doris)

Montagabend, 25. September 2017

Besuch im sozialen Zentrum Perama

Da die Gruppe groß genug ist, teilen wir uns gleich nach dem Treffen im Hafen Piräus auf. Der kleinere Teil der Gruppe fährt nach Perama und trifft auf freudig überraschte Mitglieder des Zentrums. Erst eine Stunde vor unserem Besuch hatten sie erfahren, dass wir auf dem Weg zu ihnen seien. Das Wiedersehen ist auf beiden Seiten sehr fröhlich und innig, wir freuen uns alle, uns nach einem Jahr wieder zu sehen.

Heute ist, wie jeden Montagabend, die Vollversammlung des Zentrums. Einige Mitglieder fehlen, weil sie entweder Kurse in der Abendschule besuchen können oder kleinere Jobs gefunden haben (Betreuung älterer Menschen oder Tätigkeit in einem Imbiss).

Auch wenn keine Vorbereitung möglich war, begrüßt Babis uns im Namen des Zentrums und bringt zum Ausdruck, wie glücklich alle seien, uns wiederzusehen, Menschen zu sehen, die sie lieben. Sie bedanken sich dafür, dass wir sie immer auf unseren Reisen besuchen, und betonen, dass der Ort immer für uns offensteht.

Babis berichtet über die aktuelle Situation in Griechenland, die er als tragisch bezeichnet. Viele Menschen, die anfänglich noch ihre Hoffnung in die Syriza-Regierung gesetzt hätten, haben sich zurückgezogen, sie nehmen nicht mehr am öffentlichen Leben teil. Er spricht von einer Gesellschaft, die wie gelähmt ist. Wut, Zorn und Enttäuschung existieren, werden aber allein zu Hause ausgelebt. Es ist eine schwierige Zeit für das Zentrum, aber einer der Gründe, weshalb sich die Mitglieder immer noch regelmäßig treffen, sind die starken und solidarischen Beziehungen, die sich in den letzten sieben Jahren entwickelt haben.

Stolz sind die Mitglieder darauf, dass seit nunmehr einem Jahr eine Suppenküche existiert. Jeden Sonnabend wird gemeinsam im Zentrum gekocht, für jede/n, die/der Hilfe benötigt.

Viele Familien mit Kindern nehmen das Angebot wahr, und sie versuchen zumindest einmal in der Woche eine sehr gute Mahlzeit anzubieten.

Bei den Vorbereitungen, beim Kochen, Ausgeben des Essens und dem Aufräumen sollen alle mitarbeiten, dabei ist ein Rotationsprinzip vorgesehen, damit jede/r jede Arbeit verrichtet. Das Essen soll nicht als Mildtätigkeit angesehen werden, sondern als politischer, solidarischer Akt. Das Essen ist zwar wichtig, genauso wichtig ist es jedoch auch, Gespräche miteinander zu führen, zusammen zu essen und zu lachen, sich auszutauschen.

Auch wir werden zum Essen eingeladen, das immer sonnabends zwischen 13.30 und 15.30 h stattfindet.

Vanassis ist der Koch im Zentrum, er zeigt uns freudig die kleine, bescheidene Suppenküche. Gefragt, woher die Lebensmittel stammen, die er zum Kochen verwendet, erklärt er uns, dass Mitglieder des Zentrums jeden Donnerstag zum Wochenmarkt gehen, um dort Gemüse und Obst einzusammeln. Andere Lebensmittel werden weiterhin vor den Supermärkten gesammelt. In zwei Vier-Stunden Schichten gehen 1x pro Monat jeweils acht Personen vor die Supermärkte, verteilen dort Flyer und bekommen von denen, die dazu in Lage sind, Lebensmittel.

Gekocht werden jeden Sonnabend 60 Portionen; wenn mehr Personen erscheinen, wird noch ein einfaches Essen nachgekocht. Grundsätzlich besteht das Essen immer aus einem Hauptgericht mit Salat und Obst; die Versammlung beschließt jeweils montags, was gekocht werden soll.

Gegessen wird gemeinsam; wie auch Babis zuvor, betont Vanassis, dass niemand das Essen mit nach Hause nehmen darf, sondern dass es darum geht Teil der Gemeinschaft zu sein. Betont wird, dass jede/r, die/der das Zentrum aufsucht, wie ein Familienmitglied angesehen wird.

Bislang gibt es nur einen Herd und Töpfe, der Erwerb eines Backofens ist das nächste Ziel des Zentrums.

Babis berichtet von weiteren Aktivitäten des Zentrums. Noch immer gehen sie jeden Mittwoch zu den Gerichtsverhandlungen, wenn es um Zwangsversteigerungen geht. Jeden Dienstag werden im Zentrum Nähkurse angeboten.

Im April haben sie eine Veranstaltung mit Kindern von Geflüchteten aus dem City Plaza Hotel organisiert. Die Kinder haben von den Erlebnissen ihrer Flucht berichtet und es gab ein kleines Fest, auf dem Kinder aus dem City Plaza Hotel mit Kindern aus Perama gespielt und viel Freude gehabt haben. Solidarität zu leben ist allen Mitgliedern des Zentrums sehr wichtig.

Die finanzielle Situation ist nach wie vor sehr schwierig, ohne Unterstützung hätte sich die Versammlung wohl schon aufgelöst, umso glücklicher sind sie über die solidarische Hilfe.

Während der Gespräche haben einige Gruppenmitglieder ein Essen für uns gezaubert, dazu gibt es Wein. Plötzlich flackert das Licht, es geht aus und Rolf wird strahlend eine Geburtstagstorte mit einer Kerze überreicht. Dabei wird an das Versprechen, jedes Jahr im September hier in Perama noch einmal seinen Geburtstag zu feiern, erinnert.

Rolf reflektiert die Stimmung vor fünf Jahren, die Hoffnung, die in Syriza gesetzt wurde, und er erinnert an die Paranoia, die 2015 mit dem „Oxi“ begann, und an die Entscheidung Syrizas, das Ergebnis zu ignorieren. Aber Schuld an der Situation trügen auch die deutschen Gewerkschaften, die nicht genügend Unterstützung geleistet hätten.

Auch wir, die Kritischen in der BRD hätten Fehler gemacht. Sämtliche deutsche Gewerkschaften hätten eine Woche nach Syrizas Wahlerfolg von einer Chance für Europa gesprochen; wir hätten aber dafür sorgen müssen, dass eine Mobilisierung erfolgt. Statt Aktivität herrsche Passivität. Die Paranoia greife weiter um sich. Das Ergebnis der gestrigen Bundestagswahl sei ein Beweis dafür. Wir erlebten ein Zusammenbrechen der griechischen Parteien, in Frankreich und der BRD gebe es bislang zwar nur Stimmenverluste, aber die Tendenz gehe in die gleiche Richtung. Die Arbeitenden würden von den Gewerkschaften nur noch begrenzt erreicht, es fehle an einer Bewegung, an solidarischen Strukturen. Wir bleiben lange, lachen miteinander. Einer der Anwesenden betont, dass die Mitglieder des Zentrums zwar arm seien, dass ihre Türen aber jederzeit für uns offen stünden.

Die Gemeinschaft trägt weiter jede/n Einzelne/n, auch wenn der Kampf nach der langen Zeit manchmal müde macht. Davon, von den Schwierigkeiten, die die Austeritätspolitik für alle bereitet, ist heute nichts zu sehen. Die Freude des Wiedersehens ist zu groß. Die Gespräche und ein Blick in die Gesichter der Anwesenden erden.

Es lebe die Solidarität!

Wir übergeben 500 Euro als Spende für den Erwerb eines Backofens.

(Doris)